

- 1. AUG.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0866890

E/XV/171 - 30. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 | <u>"Für das Leben der Welt"</u>
Zum Eucharistischen Weltkongreß in München | 35 |
| 2 | <u>UNO bahnbrechend für neuen Strafvollzug</u>
Gefängnisse sollen nicht "Verbrecherschulen" sein
Von Bruno Kuster, Genf | 49 |
| 3 | <u>CSSR statt CSR</u>
Neue Abkürzung des Namens der Tschechoslowakei | 34 |
| 4 | <u>Die Bombe von Hiroshima</u>
Zu ihrem Abwurf vor 15 Jahren am 6. August | 51 |
| 5 - 6 | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u>
Aufbauleistungen in deutschen Städten

<u>Darmstadt - eine neue Stadt</u>
Von Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel | 63 |

* * * *
* * *

"Für das Leben der Welt"

Zum Eucharistischen Weltkongreß in München

sp - Seit 51 Jahren tagt der Eucharistische Weltkongreß zum ersten Male wieder in Deutschland. In München, der bayerischen Landeshauptstadt, treffen sich mehrere Hunderttausend Katholiken aus aller Welt. 1909 war Köln der letzte deutsche Tagungsort.

Diesmal steht das Treffen der katholischen Christen unter dem Leitwort: "Für das Leben der Welt". Münchens sozialdemokratischer Oberbürgermeister, Dr. Hans-Jochen Vogel, begrüßte den Kongreß im Namen der Einwohner der von ihm geleiteten Stadt mit der Versicherung, daß Münchens Bürger sich nicht nur äußerlich als Gastgeber gerüstet haben, sondern auch "innerlich als Menschen, die würdig am Kongreß teilnehmen, oder doch voller Achtung vor den Glaubensüberzeugungen ihrer Mitmenschen einen der Höhepunkte des katholischen Glaubenslebens miterleben möchten".

Wir sind gewiß, daß dieser Gruß von Herzen kommt.

Die Presse der sowjetischen Besatzungszone hat den Eucharistischen Weltkongreß als "NATO-Kongreß" bezeichnet. Das ist ebenso dünn wie gehässig. In Pankow scheint man nicht begreifen zu können, daß das Bekenntnis zum katholischen Glauben auch jenseits tagesbedingter Auseinandersetzungen möglich ist.

Prof. Theodorich Kazmann schreibt zum Eucharistischen Weltkongreß in München: "Es wäre ein vollendetes Mißverständnis, wollten wir in diesem Kongreß so etwas Ähnliches sehen wie die repräsentative Darstellung der triumphierenden Kirche. Eine triumphierende Kirche gibt es in dieser Weltzeit nicht: diese ist durchaus und in jedem Betracht dem Leben des zukünftigen Königs vorbehalten. In der irdischen Geschichtszeit gibt es allein die pilgernde Kirche, die kämpfende und leidende Kirche, die mühsam sich behauptende und weltlich unterliegende Kirche". -

Auch wir möchten in Achtung vor dem katholischen Glaubensbekenntnis dem großen Kongreß diesen Sinn und diese Bedeutung zusprechen. Sein Leitwort: "Für das Leben der Welt" ist richtungweisend und enthält gleichzeitig eine Verpflichtung. Es umschließt das Bekenntnis zu einem Leben in Freiheit, das den Begriff der freiwilligen Bindung, aber auch die tiefe Achtung vor dem Andersdenkenden und Andersgläubigen zum Inhalt hat.

UNO bahnbrechend für neuen Strafvollzug

Von Bruno Kueter, Genf

Es scheint allgemein anerkannt zu werden, daß die gegenwärtig üblichen Methoden des Strafvollzugs - von einigen Reformversuchen abgesehen - unbefriedigend sind, weil sie ihr Ziel, eine wirkliche Umerziehung der Gefangenen herbeizuführen, nur sehr mangelhaft erreichen. Somit erweisen sie sich auch als zu wenig wirksam im Hinblick auf einen nicht nur momentanen, sondern dauerhaften Schutz der Gesellschaft vor kleinen und großen Übeltätern, ganz zu schweigen von Gefängnisanstalten, die geradezu als Verbrecherschulen bezeichnet werden müssen.

Im ganzen System des Strafvollzugs spielt die Arbeit der Häftlinge und ihre Entlohnung eine entscheidende Rolle. Dieses unstrittene Thema wird am zweiten Kongreß der Vereinten Nationen über die Verbrechenverhütung, der vom 8. bis 20. August in London stattfindet, erörtert werden.

Der Bericht des UNO-Sekretariats zu dieser Frage enthält Vorschläge, in welchem Sinne seiner Ansicht nach die Methoden des Strafvollzugs geändert werden sollten, damit sie ihrer erzieherischen Aufgabe besser gerecht werden können. Die Verfasser sind sich klar darüber, daß die angestrebten Reformen vor allem in den "alten" Ländern auf große Schwierigkeiten stoßen würden, während es den jungen Staaten, die nicht zuerst ein ganzes System überholter Vorstellungen abbauen müssen, leichter fällt, neue Versuche zu wagen.

Die Reformvorschläge bestehen im wesentlichen darin, den Strafgefangenen die Ausübung einer produktiven Arbeit bei normaler Entlohnung nach dem Grundsatz "Gleiche Arbeit, gleicher Lohn" zu ermöglichen. Das bedeutet, daß die Häftlinge arbeitsrechtlich den freien Arbeitern gleichgestellt werden sollen. Arbeitgeberverbände und Gewerkschafter werden zur Mitarbeit aufgerufen. In die Gefahr einer billigen Konkurrenz auszuschalten, wird auf die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen des Gefangenen und des freien Arbeiters großer Wert gelegt.

Die Gefangenen sollen nicht nur industriell, sondern je nach den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen und ihren Fähigkeiten auch in der Landwirtschaft und in Gewerbe tätig sein können. Das ist nur möglich, wenn die Zahl der geschlossenen Strafanstalten auf ein striktes Minimum beschränkt wird. Diese müssen in die Lage versetzt werden, verschiedenartige Aufträge des Staates und der Privatwirtschaft auszuführen. Den in offener oder halboffener Anstalten untergebrachten Häftlingen muß Gelegenheit geboten werden, auch außerhalb der Anstalt Arbeit anzunehmen.

Solange die Entlohnung nicht die Höhe derjenigen der freien Arbeiter erreicht, sollte wenigstens dafür gesorgt werden, daß sie nicht weniger als ein Drittel des normalen Lohnes beträgt. Erhält der Häftling den gleichen Lohn wie der freie Arbeiter, sollen folgende Abzüge zulässig sein: für die Bildung eines Guthabers, das im Augenblick der Entlassung auszubändig ist, für den Unterhalt der Familie und für die Befriedigung der Ansprüche des Geschädigten.

Diese nur stichwortartig zusammengefaßten Vorschläge verfolgen das Ziel, in Gefangenen das Gefühl der Verbundenheit mit der menschlichen Gesellschaft zu stärken und seine Rückkehr in die Freiheit zu erleichtern. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit dieser Anregungen würde bedeutend erleichtert, wenn sich einige Staaten entschließen würden, in einer geeigneten Anstalt diese Grundsätze versuchsweise anzuwenden.

CSSR statt CSR

Neue Abkürzung des Namens der Tschechoslowakei

Die Zeitungsleser in der Tschechoslowakei wurden vor kurzen vor die Tatsache gestellt, dass die seit der Gründung des Staates im Jahre 1918 eingeführte Abkürzung der Staatsbezeichnung CSR nicht mehr gültig ist. Die Abkürzung lautet jetzt CSSR, denn der Staat hat seinen Namen in "Ceskoslovenska Socialistická Republika" (Tschecho-Slowakische Sozialistische Republik) umgeändert. Die formlose Änderung der international anerkannten und allgemein gebräuchlichen Abkürzung CSR kam selbst für die Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei so überraschend, dass in Nachhinein doch noch Kommentare in den Zeitungen erscheinen mussten. "Erst langsam gewöhnt sich unser Auge an das veränderte Schriftbild", schrieb eine Prager Zeitung, "es verweilt, bevor es weiterliest. CSSR ist nicht zu übersehen".

Die Erweiterung des Namens in "Tschechoslowakische Sozialistische Republik" durch die letzte Landeskonferenz der KP wurde damit begründet, dass die Tschechoslowakei zu den "fortschrittlichsten sozialistischen Ländern" gehöre. Bis dahin hatten sich nur die Unionsrepubliken der UdSSR (in Russischen SSSR) als sozialistisch bezeichnet. Die Satellitenländer Koskaus nennen sich "volksdemokratisch", mit Ausnahme der Sowjetzone, deren Uloricht-Regime sich als "deutsches-demokratisch" bezeichnet. Unverkennbar ist in Prag das Bestreben, die Abkürzung des Staatennamens CSSR der Bezeichnung der Sowjetunion mit SSSR weitgehend anzugleichen.

Allerdings scheint es sich dabei nur um eine Übergangslösung zu handeln. Darauf deutet der Kommentar der Prager Zeitung "Aufbau und Frieden" mit folgenden Erwägungen hin: "Ist es angesichts des neuen Begriffs CSSR vorzuziehen, schon die Zeit vorwegzunehmen und sich auf den Tag vorzubereiten, wo das S durch ein K ausgetauscht werden wird?" Das Ziel scheint demnach die Firmierung als CSKE zu sein, als "Cesko-Slovenska Komunistická Republika" (Tschecho-Slowakische Kommunistische Republik). Dieser Marschroute entspricht auch die sieben vorgenommene Änderung des Staatswappens. Oberhalb des doppelschwänzigen böhmischen Löwen wird in das Wappen der Sowjetstern eingefügt. Staatswappen und Farben - Weisse-Rot mit blauem Winkel - bleiben (vorläufig) die gleichen, auch die Staatshymne (aus der ersten "bürgerlichen Republik") wurde nicht geändert.

+ + +

Die Bombe von Hiroshima

Dr. Seb.- Am 15. Juli 1945 explodierte - versuchsweise - die erste Atombombe der Welt bei Alamogordo in der Wüste von New Mexiko. Am nächsten Tage wurde der in Potsdam eingetroffene amerikanische Präsident Truman vom Gelingen des Versuchs durch das vorerwahnte Telegramm: "Baby satisfactorily born" (Geburt des Kindes zufriedenstellend verlaufen) in Kenntnis gesetzt. Am 17. Juli landete der amerikanische Kriegsminister Stimson mit dem Bericht des Generals Groves, des Sonderbeauftragten für die Aktion, in Berlin, und Truman besprach sich am folgenden Tag mit seinen politischen und militärischen Ratgebern über die Konsequenzen des Versuchs. Er beschloß, die Bombe sobald wie möglich einzusetzen, um Japan zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Churchill war zwar gegen eine bedingungslose Kapitulation mit Rücksicht auf den Kaiser und die militärische Ehre Japans. Doch Truman stellte ernüchternd fest: "Die Japaner haben ihre militärische Ehre in Pearl Harbour begraben!"

Am 24. Juni informierte Truman in Potsdam Stalin: "Wir haben eine Bombe von ausserordentlicher Zerstörungskraft und werden sie demnächst gegen Japan einsetzen." Stalin zeigte sich nicht weiter interessiert daran. Er wusste ja bereits die wichtigsten Einzelheiten durch seinen ausgezeichnet funktionierenden Nachrichtendienst. Gleichzeitig erging nach Washington der Befehl: "Die Sondergruppe 509 der 20. Luftflotte wird ihre erste Spezialbombe, sobald das Wetter nach dem 3. August die Bombardierung bei guter Sicht gestattet, auf die nachstehenden Ziele abwerfen: Hiroshima, Kokura, Nagasaki oder Niigata." Als Führer der zum Bombenwurf befähigten Maschine wurde Oberst Tibbets bestimmt. Am 31. Juli baute das Team der Wissenschaftler unter Professor Ramsey auf der Insel Tinian die erste Bombe zusammen. Der Zustand, daß sie im weitesten von Tinian entfernt lag, rettete die Stadt Niigata vor der Zerstörung. So blieben noch die drei Ziele, Hiroshima, Kokura und Nagasaki übrig. Aufgrund der Luftaufnahmen entschied man sich für Hiroshima. Es hatte den kompaktesten Stadtkern.

Unterdessen war ein Ultimatum, das Churchill, Truman und Tschiangkai-schek den Japanern gestellt hatten, von diesen abgelehnt worden. Am 2. August erhielt die Gruppe 509 ihren Einsatzbefehl. Doch erst am 5. August erlaubte die Wetterlage einen Start. In der Nacht darauf stiegen die sechs Maschinen auf. Drei Maschinen flogen voraus, von den übrigen hatte eine die Bombe zu tragen, eine verschiedene Instrumente abzuwerfen und die letzte die Aktion zu fotografieren. Am Morgen des 6. August löste Tibbets über Hiroshima die Bombe. Die Stadt wurde vollständig zerstört, rund 90 000 Menschen fielen der Bombe zum Opfer. Am 9. August wiederholte sich über Nagasaki dasselbe grauenhafte Schauspiel.

Als Major Etherly, der Führer des nach Hiroshima vorausgeschickten Pfadfinder-Flugzeuges, plötzlich von seiner grossen Schuld sprach, die er durch die Mitwirkung bei der Bombardierung auf sich geladen habe, wurde er aus der US Air Force "ehrenvoll" entlassen aufgrund "sexueller Störungen und seiner Unlehnheit in Übersee". Einige Zeit darauf verhaftete man ihn in New Orleans wegen unterbrechtigten Tragens einer Waffe. Er hielt bitter auf: "Ihr Dummköpfe! Ihr nehmt mich wegen einer Pistole fest? Ich habe doch mitgeholfen, Zehntausende anzubringen!" Später wurde er wegen bewaffneter Raubüberfälle auf zwei Postämter in Texas vor das Gefängnis in Fort Worth gestellt. Schließlich verschwand Major Etherly in einer Nervenklinik etc. . .

Darmstadt - eine neue Stadt

Von Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel

Bei Kriegsende hausten im wehrsten Sinne des Wortes, rund 50 000 Menschen in den Trümmern der zu 78 Prozent zerstörten Stadt. Das Chaos herrschte. Die Darmstädter haben sich jedoch nicht unterkriegen lassen. Sie haben die Schippe in die Hand genommen und den Schutt aus den Strassen und den Hirnen weggeräumt. Eine neue Stadt ist entstanden. Vor dem Krieg hatte Darmstadt 110 000 Einwohner. Jetzt sind es 135 000, denen die Stadt Wohnung und Arbeitsplätze bietet.

Darmstadt ist wieder ein Wirtschaftszentrum Südhessens. Die Erzeugnisse der Darmstädter Industrie gehen in alle Länder der Welt, vor allem die der Chemischen Industrie und Spezialmaschinen aller Art, Waggonen und elektrotechnische Geräte. Die Stadt gründete eine Wiederaufbau GmbH., an der sie überwiegend beteiligt ist. Dieses gelungene und oft bewunderte Experiment hat sich durch die Ansiedlung neuer Unternehmen bestätigt. Auf dem alten Exerzierplatz ist ein Industrieviertel entstanden, zu dem über hundert Verlage, Druckereien, Buchbindereien, Klischee-Fabriken und branchenverwandte Betriebe zählen.

In einem grossangelegten Wiederaufbauprogramm wurden Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Altersheim und Krankenhäuser gebaut. Über 20 Millionen DM wurden allein für Schulbauten verwendet, weitere 24 Millionen DM sind vorgesehen. Die Technische Hochschule mit ihren modernen Institutsgebäuden bietet Studienplätze für über 5000 Studenten, darunter 12 Prozent Ausländer.

Alle Einrichtungen der Stadt sind jedem Bürger zugänglich. Die Volkhochschule eröffnet vielfältige Bildungswege, rund 30 000 besuchen jährlich Kurse und Vorlesungen. Jeder zehnte Darmstädter leiht einmal im Monat ein Buch in der Stadtbibliothek. Viele der Museen zeigen ihre kostbaren Schätze bei freiem Eintritt.

Was Darmstadt jedoch in den letzten Jahren häufig in den Mittelpunkt des Interesses gerückt hat, sind nicht nur sein Wiederaufbau

und seine wirtschaftliche Leistung, sondern vor allem seine kulturellen Bestrebungen. Der Darmstädter respektiert die Traditionen und ist zugleich dem Neuen aufgeschlossen. Hier begann vor einem guten halben Jahrhundert mit der Künstlerkolonie ein neues Formstreben sich Bahn zu brechen. Der Rat für Formgebung und das Institut für neue technische Form setzen diese Bestrebungen fort. Das Darmstädter Theater ist mit seinen wegschreitenden und experimentierfreudigen Inszenierungen eine der meistdiskutierten Bühnen in Deutschland. In der Neuen Darmstädter Sesssion begegnen uns bekannte Künstler, die bei den Jahresausstellungen dieser profilierten Künstlervereinigung den modernen Kunstschaffern eine weite Diskussionsbasis geben. Zur Förderung junger Künstler vergibt die Stadt Darmstadt einen Kunstpreis. Alljährlich treffen sich bei den Internationalen Ferienkursen für Neue Musik junge Komponisten und Musikwissenschaftler aus über 30 Nationen der Welt in Darmstadt, um in Konzerten, Vortrügen und Seminaren sich mit den Problemen der neuen Musik auseinanderzusetzen. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung hat hier ihren Sitz. Gemeinsam mit dem Land Hessen und der Stadt Darmstadt verleiht sie in jedem Jahr bei ihrer Herbsttagung den Georg-Büchner-Preis. Das PEW-Zentrum der Bundesrepublik hat ebenfalls Darmstadt als Domizil gewählt.

Darmstadt ist eine lebendige Stadt. Seine Bürgerschaft ist welt-offen und diskutierfreudig zugleich. Aus großer hoher Anteil an dem Geschehen, begeistern sich mit Sachverständnis bei den Darmstädter Gesprächen, einem internationalen Forum, über aktuelle Probleme unserer Zeit. Der Darmstädter Bürger ist das größte Kapital der Stadt. Er weiß, dass alle öffentlichen Einrichtungen für ihn erstellt wurden, Keiner braucht absichts zu suchen, nichts ist im strengen Sinne exklusiv. Der Darmstädter ist sich bewusst, dass durch seine Arbeit die Stadt wieder aus den Trümmern entstanden ist; was mit so viel Fleiß und Mühe demonstrative Wirklichkeit geworden ist, verpflichtet ihn zur wachen Bereitschaft, es zu bewahren und gegen die Bedrohungen der Zeit zu schützen.